
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

FDP-BILDUNGSINITIATIVE FÜR DIE STÄRKUNG DER WIRTSCHAFTSKOMPETENZ AN HESSENS SCHULEN

09.02.2017

- **Gründergeist in Hessens Schulen nicht bekämpfen, sondern zielgerichtet fördern**
- **Objektive Rahmenbedingungen selbständiger wirtschaftlicher Betätigung vermitteln**
- **Schwarz-Grün erschwert Fördermöglichkeit durch private Initiativen und Sponsoren**

Bestärkt durch die Forderungen aus der gestrigen Anhörung zur Schulgesetznovelle im Kulturpolitischen Ausschuss stellt Wolfgang GREILICH, schulpolitischer Sprecher, die Bildungsinitiative der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag zur Stärkung der Wirtschaftskompetenz und zur Förderung des Gründergeistes an Hessens Schulen vor:

„Wenn wir die nächste Gründergeneration darin bestärken wollen, die Chancen freien Unternehmertums zu nutzen und die damit verbundenen Herausforderungen zu meistern, muss die Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen an unseren Schulen einen angemessenen Platz einnehmen. Vor diesem Hintergrund halten wir es für eine Fehlentwicklung, wenn die Tendenz erkennbar wird, wirtschaftliche Themengebiete im Fach Politik und Wirtschaft sowie im Fach Wirtschaftswissenschaft zu reduzieren und durch gesellschaftspolitische Fragestellungen zu ersetzen. Wir fordern hingegen eine stärkere Betonung und interdisziplinäre Einbettung von Wirtschaftsthemen, die in geeigneter Art und Weise in andere Fächer integriert werden sollen. Denn gerade auch Hessen braucht mehr Gründergeist. So sollte die schwarz-grüne Landesregierung das Engagement privater Initiativen und Sponsoren begrüßen, die bestrebt sind, durch die

Entwicklung und kostenfreie Überlassung von Unterrichtsmaterialien den Stellenwert der Bildung über wirtschaftliche Betätigung und Unternehmertum im Schulunterricht zu verbessern und junge Menschen zu selbstständiger wirtschaftlicher Tätigkeit zu ermuntern. Die massive Kritik in der gestrigen Anhörung aus dem Bereich der Berufsschulen und der Wirtschaftsverbände bestätigt, dass die schwarz-grüne Novelle des Schulgesetzes genau diese Fördermöglichkeit erschwert. Offensichtlich gibt es auf Seiten von CDU und Grünen überhaupt kein Problembeusstsein.“

Weiter erklärte Greilich:

„Die Freien Demokraten halten es für erforderlich, ein Umsteuern und Umdenken in dem Sinne anzustoßen, dass die objektiven Rahmenbedingungen selbstständiger wirtschaftlicher Betätigung mit allen Risiken, vor allem aber auch mit den Chancen zu wirtschaftlichem und persönlichem Erfolg in Hessens Schulen vermittelt werden. Hierfür benötigen wir einen Unterricht, der Gründergeist nicht bekämpft, sondern zielgerichtet fördert. Aus diesem Grund haben wir eine Bildungsinitiative gestartet, die unter anderem folgende Schwerpunkte umfasst:

- Aspekte wie Existenzgründung und Unternehmertum müssen bereits in der Lehreraus- und -weiterbildung – unabhängig von Schulform und Bildungsgang – angemessen vermittelt werden.
- Die Vermittlung von finanziellen, ökonomischen sowie unternehmerischen Kompetenzen soll in den Kerncurricula stärker berücksichtigt werden, um Schülern frühzeitig ökonomisches Wissen zu vermitteln und somit den Mut und die Bereitschaft zu unternehmerischer Verantwortung zu fördern.
- Hinweise auf Unternehmen, Kammern oder Wirtschaftsinstitutionen in kostenfreien Druckerzeugnissen, die Schulen zur Förderung der Wirtschaftskompetenz überlassen werden, dürfen nicht pauschal als Verstoß gegen das Werbeverbot an Schulen gewertet werden. Gleiche Maßstäbe müssen darüber hinaus für Gewerkschaften, Verbände und Organisationen gelten, insbesondere wenn diese sich auch wirtschaftlich betätigen.
- Entgegen der von Schwarz-Grün beabsichtigten Änderung des Werbeverbots im Schulgesetz, mit der die Zusammenarbeit und Kooperation mit

Wirtschaftsunternehmen und -verbänden sowie Kammern maßgeblich erschwert und somit die Öffnung der Schule für außerschulische Lernorte konterkariert wird, wollen wir eine Förderung der Kooperation mit Angeboten von außerhalb der Schulen und die Ansiedlung des Ermessenspielraums bei der Frage des Sponsorings auch weiterhin auf Schul- und nicht auf Ministerialebene.

- Schulen sollen darin bestärkt werden, Unterrichtsreihen auch in enger Abstimmung mit Wirtschaftsverbänden und Kammern zu entwickeln, die die Notwendigkeit unternehmerischer Tätigkeit als sozial verantwortlichen und gesellschaftlich notwendigen Lebensentwurf hervorheben.
- Die hessischen Schulen sollen ermuntert werden, die Förderung von Kenntnissen und Kompetenzen zum Thema „Selbstständigkeit und Unternehmertum“ in den Schulprofilen zu verankern.
- Wirtschafts- und Kultusministerium müssen einen einheitlichen politischen Kurs abstimmen, da derzeit die Förderung der Gründerwoche und des Existenzgründerportals des Hessischen Wirtschaftsministeriums in einem direkten Widerspruch zu dem immer wirtschaftskritischeren Kurs des Kultusministeriums steht.

„Die vielen Rückmeldungen, die wir seitens der Wirtschaft und der Schulen zu diesem Thema erhalten haben, sowie die Ergebnisse der gestrigen Anhörung bestätigen uns in unserem Engagement für eine Stärkung der Wirtschaftskompetenz und der Förderung des Gründergeists im Unterricht. So wollen wir mit unseren konkreten Handlungsvorschlägen dazu beitragen, dass durch entsprechende Unterrichtsangebote Gründergeist künftig bereits in der Schule geweckt werden kann. Dazu wäre es jedoch zunächst notwendig, dass die schwarz-grüne Landesregierung ihre ideologische Blockadehaltung aufgibt und die sinnvolle Kooperation mit Wirtschaftsunternehmen und -verbänden fördert“, so Greilich.

Den Antrag der FDP-Fraktion zum Thema "Grundergeist und Unternehmertum in Hessischen Schulen stärken" finden Sie [hier](#).

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de